

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen**Gegen Ausbeutung und Menschenrechtsverletzungen – Für eine verantwortungsvolle öffentliche Beschaffung und Vergabe**

Ob Bälle für den Schulunterricht, Pflastersteine oder Arbeitsbekleidung – das Land Bremen und seine Kommunen geben wie der Bund und die anderen Länder und Kommunen jährlich große Beträge für die Beschaffung von Gütern aus. Diese kommen oft von weit her und werden zum Teil unter katastrophalen Arbeitsbedingungen, Menschenrechtsverletzungen und mit ausbeuterischer Kinderarbeit produziert. Diesem Missstand muss dringend entgegengewirkt werden.

Ein verantwortungsvolles Beschaffungswesen stellt auf staatlicher und kommunaler Ebene einen wichtigen Schritt auf dem Weg zu einem sozial und ökologisch zukunftsfähigen Produktions- und Konsumverhalten dar. In anderen Ländern (z. B. Bayern) und Kommunen (z. B. Düsseldorf) wurden bereits entsprechende Beschlüsse gefasst und umgesetzt. Im Land Bremen haben sich die Koalitionspartner in ihrem Vertrag ebenfalls auf die Entwicklung und Anwendung fairer und ökologischer Kriterien geeinigt.

Über die landesrechtlichen Regelungen hinaus müssen auf Bundesebene bei der aktuellen Vergaberechtsreform, wie von den entsprechenden EU-Richtlinien zur öffentlichen Auftragsvergabe vorgesehen, soziale und ökologische Kriterien ausdrücklich zugelassen werden.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. geeignete Maßnahmen zu ergreifen und sicherzustellen, dass im Beschaffungswesen und bei Ausschreibungen im Land Bremen und seiner Kommunen in Zukunft nur Produkte erworben werden, die unter Einhaltung der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation, ILO, insbesondere ohne ausbeuterische Kinderarbeit im Sinne der ILO-Konvention 182, hergestellt wurden. Der Senat hat weiter dafür Sorge zu tragen, dass ökologische Standards und Standards des fairen Handels in geeigneter Weise berücksichtigt werden. Der Nachweis ist durch eine Zertifizierung einer unabhängigen Organisation oder eine Selbstverpflichtungserklärung zu führen,
2. auf im öffentlichen (Mehrheits-)Besitz befindliche Gesellschaften und öffentliche Einrichtungen einzuwirken, nach derselben Maßgabe zu verfahren,
3. sich gegenüber der Bundesregierung im Rahmen der Novellierung des Bundesvergaberechts für eine verbindliche Verankerung sozialer und ökologischer Kriterien im Beschaffungswesen und bei Ausschreibungen einzusetzen,
4. der Bürgerschaft (Landtag) über die Umsetzung dieses Beschlusses bis März 2008 zu berichten.

Ulrike Hiller, Wolfgang Jägers,
Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD

Dr. Maike Schaefer,
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen